

## TOP 3.7.4 AK-Energiepreismonitor (Strom und Gas) Jänner 2013

### 1. Beschreibung der Problematik

Seit Sommer 2008 veröffentlicht die AK vierteljährlich den Energiepreismonitor, bei dem ein Vergleich zwischen den Großhandelspreisen von Strom und Gas und den Haushalts-Energiepreisen der österreichischen Strom- und Gaslieferanten durchgeführt wird.

Im aktuellen Energiepreismonitor (Jänner 2013) bildete der Rückblick auf das Jahr 2012 einen Schwerpunkt, wobei besonderes Augenmerk auf das geänderte Ökostromfördersystem (per 1. Juli 2012) gelegt wurde.

### 2. Ergebnisse des Jahresrückblicks 2012 (Jänner 2012 bis Jänner 2013)

#### Strombereich

Seit 1. Juli 2012 werden die Ökostromförderkosten nicht mehr über den Energiepreis der Strom-Lieferanten verrechnet, sondern zur Gänze als Ökostromförderbeitrag auf die Netzkosten aufgeschlagen und getrennt auf der Stromrechnung ausgewiesen. Für das zweite Halbjahr 2012 (Juli-Dezember) betrug der verbrauchsabhängige Ökostromförderbeitrag 0,708 Cent/kWh und der verbrauchsunabhängige Ökostromförderbeitrag 0,864 Euro/Zählpunkt. Mit 1. Jänner 2013 wurde der verbrauchsabhängige Ökostromförderbeitrag auf 1,117 Cent/kWh und der verbrauchsunabhängige Ökostromförderbeitrag 3,412 Euro/Zählpunkt angehoben (per Verordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend). Insgesamt zahlt ein **durchschnittlicher Haushalt (3.500 kWh/Jahr) somit rund 64 Euro Ökostromkosten (inkl USt) im Jahr (2013)** – das entspricht rund **10 Prozent der gesamten Stromrechnung**. Im Vergleich zum Jahr 2011 ergibt sich dadurch eine Mehrbelastung von rund 24 Euro pro Haushalt.

**Nicht alle Strom-Lieferanten haben ihre Energiepreise nach der Systemumstellung ordnungsgemäß**, also in der Höhe der zuvor einkalkulierten Ökostromförderkosten, **gesenkt**. Dadurch werden durchschnittliche Haushalts-KundInnen dieser Strom-Lieferanten im Jahr 2013 mit **bis zu 50 Euro/Jahr mehr belastet** (Vergleich zu 2011).

Neben der oben beschriebenen Problematik der Mehrbelastungen durch die Ökostrom-Systemumstellung, **geben die beobachteten Stromlieferanten die massiven Preissenkungen auf Großhandelsebene nicht an die HaushaltskonsumentInnen weiter**. Im Jahresvergleich (Jänner 2012 bis Jänner 2013) sind die **Strom-Großhandelspreise um 12 Prozent gesunken**, aber **kein einziger Stromlieferant hat diese Preissenkung an die Haushalte weitergegeben**. Im längerfristigen Vergleich (seit Juli 2008) sind die Großhandelspreise sogar um rund 25 Prozent gefallen, es erfolgten jedoch keine Preissenkungen. Im Gegenteil: bei fast allen Versorgern sind die Preise seit Juli 2008 gestiegen.

## Gasbereich

Nach den massiven Preiserhöhungswellen im Jahr 2011 hielten sich die Gaslieferanten im Jahr 2012 mit Gaspreissteigerungen bei HaushaltskundInnen zurück. Die Kelag (+18,3 Prozent), die Energie Klagenfurt (+12,6 Prozent), Tigas (+17,7 Prozent), die Salzburg AG (+20,2 Prozent) und Goldgas (+15,6 Prozent) erhöhten im Zeitraum Jänner 2012 bis Jänner 2013 ihre Haushalts-Gaspreise. Mit Ende 2012 ist das deutsche Unternehmen Montana in den österreichischen Gasmarkt neu eingetreten.

Auf Großhandelsebene ist seit Anfang 2012 ein kontinuierlicher Preisanstieg zu verzeichnen – von Jänner 2012 bis Jänner 2013 sind die Großhandelspreise um 14 Prozent gestiegen. Dieser Preisanstieg wurde jedoch von den meisten Unternehmen mit den massiven Gaspreiserhöhungen bereits im Jahr 2011 vorweggenommen. **In der langfristigen Betrachtung (seit Juli 2008) zeigt sich, dass die Gas-Preissteigerungen der meisten Lieferanten im Beobachtungszeitraum (bis zu +46,8 Prozent) noch immer deutlich über den Preissteigerungen auf Großhandelsebene (+6,3 Prozent) liegen.**

### 3. Position/Forderung der AK

Die AK fordert eine **faire Preispolitik gegenüber den Haushalten** (sowohl Strom als auch Gas) – die Preisentwicklungen auf Großhandelsebene müssen auch den Haushalten zu Gute kommen (nicht nur der Industrie). Im Hinblick auf die stark gestiegenen **Ökostromkosten** fordert die AK eine **faire Kostenbeteiligung aller Stromverbrauchergruppen**.

Um eine tiefgehende Prüfung der Angemessenheit der Energie-Preise durch die Behörden in Zukunft zu ermöglichen, fordert die AK außerdem die **Umkehr der Beweislast** für marktbeherrschende Energieunternehmen.